

Zeitenwende in der Verteidigungspolitik

Am zwölften Security Talk des Forums Sicherheit Schweiz herrschte Einigkeit: Wir stehen verteidigungspolitisch mitten in einer Zeitenwende. Die hochkarätige Expertenrunde bemängelte offen, man habe allzu lange Warnsignale negiert und sich nicht auf die gefährlichste Bedrohung ausgerichtet. Es gelte, das Zeitfenster zu nutzen und bei der Aufrüstung namentlich die Interoperabilität sowie die Resilienz von Bevölkerung und Rüstungsindustrie zu stärken.

Peter Müller

Das Forum Sicherheit Schweiz (FSS) griff am zwölften Security Talk vom 7. November 2022 in Bern ein topaktuelles Thema auf: Welche Auswirkungen hat der Ukraine-Krieg auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Ist die Schweiz ausreichend auf den Verteidigungsfall vorbereitet? Welche Konsequenzen zur Zusammenarbeit ergeben sich? Unter dem Titel «Zeitenwende für die (Schweizer) Verteidigungspolitik?» äusseren sich sieben renommierte internationale und nationale Persönlichkeiten als Referenten oder auf dem Podium. Die über 100 Teilnehmenden vernahmen unverblühte Aussagen, die noch vor einem Jahr praktisch undenkbar oder ungehört waren.

Wir haben nicht zugehört

General aD Jörg Vollmer machte gleich als erster Referent klar: Das Fragezeichen im Titel des Anlasses kann weggelassen werden! Er habe in seiner 44-jährigen Dienstzeit drei Paradigmenwechsel erlebt: Den ersten am 9. November 1989 mit dem Fall der Berliner

Mauer, einer damals noch voll einsatzfähigen NATO und dem nötigen Zusammenführen von zwei deutschen Armeen. Den zweiten am 11. September 2001 mit dem Terroranschlag in den USA. Die NATO gab sich eine neue Doktrin mit «Out of area»-Einsätzen (insbesondere Afghanistan), immer weniger Truppen im eigenen Land und dem Auflösen der beiden NATO-Hauptquartiere in Europa.

Schon damals wiesen die osteuropäischen Staaten, namentlich Polen, Estland, Lettland und Litauen, auf die Gefahren hin. Vollmer zog selbstkritisch Bilanz: «Wir haben nicht zugehört!» Den dritten Paradigmenwechsel erlebte er am 24. Februar 2022 mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine. Die NATO erkannte, dass «Out of area»-Einsätze nicht mehr den Schwerpunkt darstellen konnten und dass die Streitkräfte sowohl in den einzelnen Staaten wie auch im Bündnis nur bedingt einsetzbar waren. Sie beschloss einen Paradigmenwechsel: Neben der Aufrüstung statuierte sie anstelle der Freiwilligkeit neu wieder

eine Verpflichtung der Mitglieder zum Entsenden von Truppen auf unbestimmte Zeit. Die Europäer müssten wieder Verantwortung für das eigene Land übernehmen.

Konkrete Umsetzungen statt politischer Erklärungen

Claude-France Arnould, ehemalige Geschäftsführerin der Europäischen Verteidigungsagentur, hob ein paar Besonderheiten Frankreichs hervor: Es bestehe im Gegensatz zum europäischen Umland ein stärkeres Bewusstsein für Verteidigung und Sicherheit. Ergänzt mit Erfahrungen aus ehemaligen Kolonien habe man stets auf eine eigene Handlungsfähigkeit – auch atomarer Art – geachtet. Frankreich pflege selbst als NATO-Mitglied eine gewisse Handlungsautonomie, was bisweilen auf Unverständnis stosse. Daraus entwickelte sich auch gegenüber der EU eine gewisse Zurückhaltung.

Arnould sprach sich dezidiert dafür aus, dass die europäischen Länder im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ihre Handlungsfähigkeit und -freiheit erhöhen. Namentlich bei den Rüstungsprogrammen bestünden Defizite in der Zusammenarbeit, sei dies aufgrund bürokratischer Schutzreflexe, alter Gewohnheiten oder divergierender industrieller Interessen. Wenn nun Deutschland seine Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhe, so werde dieses Land zur grössten konventionellen Militärmacht Europas; das werfe neue Fragen auf. Entscheidend sei, anstelle von politischen Erklärungen

gen die Zusammenarbeit umzusetzen und sich auf Schlüsselprojekte zu konzentrieren.

Der Aufwuchs hat begonnen

Angesichts der Finanzbeschlüsse von Bundesrat und Parlament stellte der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, befriedigt fest: «Der Aufwuchs hat begonnen!» Auf die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Schweizer Armee hat die ASMZ schon bei anderer Gelegenheit ausführlich hingewiesen. Wir konzentrieren uns hier deshalb auf andere zentrale Aspekte in seinem Referat: Die Armee müsse sich bei der Bedrohungsanalyse auf das militärische Potenzial des Gegners ausrichten – und nicht an den eigenen Finanzen orientieren. Man leide heute unter dem Produkt der Armee XXI, welches sie verteidigungsmässig auf den reinen Kompetenzerhalt reduzierte.

Die Armee krankt nach Süssli aufgrund der Sparrunden und der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung an Ausrüstungslücken und Durchhaltefähigkeit. Hinzu kämen eine fehlende Kriegslastlogistik und eine mangelhafte Bevorratung. Nun sei die Verteidigungsfähigkeit mühsam wieder aufzubauen. Angesichts des anstehenden Ersatzes von 24 Hauptsystemen ergäbe sich ein Wiederbeschaffungswert von über 40 Mrd. Franken. Auch mit der Erhöhung des Armeebudgets lasse sich das finanziell nicht stemmen. Deshalb solle mit dem neuen Konzept AGILO auf eine tranchenweise, dafür gesamtheitliche Beschaffung umgestellt werden. Und selbstkritisch führte er an: Spätestens nach dem Einmarsch der Russen auf der Krim, also 2014, hätte man mit dem Aufwuchs beginnen sollen!

Militärische Macht: die gefährlichste Variante

Es ist hier kein Platz, um die lebhafteste, hochstehende und teilweise pointierte Podiumsdiskussion unter der Leitung von Fredy Müller, Geschäftsführer FSS, detailliert wiederzugeben. Wir beschränken uns auf ein paar prägnante, unwidersprochene Feststellungen.

Spätestens seit 2014 sei klar gewesen, wie Wladimir Putin tickte. Die oft gehörte Entschuldigung, man sei von ihm enttäuscht worden, greife zu kurz: Enttäuscht könne man von Russland nur sein, wenn man sich vorher trotz Warnungen habe täuschen lassen. Die militärische Macht als bedeutender Faktor internationaler Beziehungen sei nie

REFERATE UND PODIUMSDISKUSSION AM 12. FSS SECURITY TALK

- Jörg Vollmer: General aD der Bundeswehr
- Claude-France Arnould: Ehemalige Geschäftsführerin der Europäischen Verteidigungsagentur
- Thomas Süssli: Korpskommandant, Chef der Armee
- Hans-Peter Kellerhals: Divisionär aD, Stellvertretender Chefredaktor ASMZ
- Holger Mey: Prof. Dr., Vice President Advanced Concepts, Airbus Defence and Space
- Werner Salzmann: Ständerat, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission
- Fredy Müller: Moderation, Geschäftsführer Forum Sicherheit Schweiz

wirklich weg gewesen. Die Risikowahrnehmung sei mangelhaft erfolgt: Es gehe militärisch darum, sich auf die gefährlichsten Auswirkungen einzustellen. Erfreulich sei, wie sich sowohl Europa als auch die NATO rasch zusammengefunden hätten (Mey).

Die Verteidigungsfähigkeit sei endlich auch in der Politik angekommen. Die Schweiz – wie auch Europa und die NATO –

«Das aktuelle Zeitfenster ist für den Wiederaufbau der Resilienz zu nutzen, und zwar aufgrund von Einsichten und Erkenntnissen und nicht erst aufgrund von Ereignissen.»

Holger Mey, Airbus Defence and Space

müssten sich wieder auf den Verteidigungsauftrag fokussieren. Es sei befremdlich, dass in den Grundlagenpapieren der Schweizer Armee zur Luftverteidigung und zu den Bodentruppen stets die billigste Variante vorgeschlagen wurde. Anstelle der Finanzen müsse nun zuerst wieder über Fähigkeiten gesprochen werden (Salzmann).

Herausforderungen für die europäische Rüstungsindustrie

Interoperabilität stelle für die aufgerüsteten Streitkräfte das wohl wesentlichste Merkmal dar, um den Bedrohungen gerecht zu werden: Die Vernetzung sei machtscheidend. Dazu gehöre auch die Standardisierung. Es gebe heute in Europa beispielsweise immer noch 30 bis 40 verschiedene Versionen von Schützenpanzern. Dies werde zwangsläufig zu Diskussionen zwischen Ar-

meen, Regierungen und grossen Rüstungsunternehmen aufgrund nationaler Interessen führen. Im Fokus stünden auch die Aufteilung der Arbeitsplätze oder die Angleichung der Exportregelungen (Vollmer). Der Europäischen Verteidigungsagentur könnte eine tragendere Rolle zukommen (Arnould).

Ist die Materialbeschaffung, das heisst die rasche Nachrüstung für die europäische Rüstungsindustrie überhaupt machbar? Parallel mit dem Streitkräfteabbau sei auch ein Schrumpfen der Rüstungsunternehmen erfolgt. Nun brauche es gesicherte (gezeichnete) Beschaffungsaufträge und nicht bloss politische Absichtserklärungen. Das müsse man politisch wollen! Nicht zuletzt erhalte durch das Zusammengehen die europäische gegenüber der amerikanischen Rüstungsindustrie wieder ein stärkeres Gewicht, Stichwort Versorgungssicherheit (Mey).

Schlüsselwort «Resilienz»

Angesichts der momentanen Schwäche der russischen Streitkräfte dürfe man nun nicht entspannt zurücklehnen: Die zerstörten Fähigkeiten und Technologien würden wieder aufgebaut; Russland bleibe eine Bedrohung (Vollmer). Offen sei, wie lange die positive Grundhaltung der Bevölkerung und der Regierungen zum Wiederaufbau der Verteidigungsfähigkeit erhalten bleibe. Man müsse der Bevölkerung beispielsweise erklären, dass gewisse Wohlstandsverluste zur aktuellen Situation gehörten – keine leichte Aufgabe der Politiker und der Medien (Kellerhals). Die Resilienz müsse zwingend wieder aufgebaut werden. Das aktuelle Zeitfenster sei zu nutzen, und zwar aufgrund von Einsichten und Erkenntnissen und nicht erst aufgrund von Ereignissen (Mey). Hoffnungsvoll stimme in diesem Kontext die Beobachtung, dass die jüngere Generation ein Bewusstsein für Probleme und Risiken besitze und damit eine bessere Resilienz mitbringe. ■



Podiumsteilnehmende Holger Mey, Jörg Vollmer, Fredy Müller (Leitung), Claude-France Arnould, Hans-Peter Kellerhals, Werner Salzmann (v.l.n.r.). Bild: Oberstli Daniel Saxer